

Vossische



Zeitung

Begründet

1704

Einzelne Nummer

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

20 Pfennig

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag: Ullstein & Co. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Auan. d. Handelst.): Jul. Elbau, Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11800 bis 11852. Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Demokraten und Volkspartei.

Minister Koch auf dem Nürnberger Parteitag. — Reichswehr und Wirtschaftsreform.

Nürnberg, 12. Dezember.

Der demokratische Parteitag zeichnete sich, wie der vorurteilslose Hörer feststellen muß, durch den Verzicht auf Stimmungsmache aus. Die allgemeine politische Aussprache, die am Sonntag vormittag zu Ende geführt wurde, ging an den Kern- und Streitfragen nicht vorbei. Trotzdem oder vielleicht gerade deshalb ergab sich eine nützliche Klärung und zu guter Letzt eine starke überraschende Einheitsliebe.

Eine besondere Rolle spielte die Erörterung der Wehrfrage. Sie wurde vom Reichswehrminister Gessler durch eine improvisierte Rede eingeleitet, die starken Eindruck machte. Der frühere Oberbürgermeister Nürnbergs forderte zunächst alle Kritiker auf, den Friedensvertrag von Versailles in bezug auf das Heerwesen gründlich zu studieren und ebenso die Weimarer Vereinbarungen über die landsmannschaftlichen Rechte bei der Auswahl der Offiziere. Bedeutet „Demokratisierung des Heeres“, daß ein bestimmtes politisches Glaubensbekenntnis verlangt wird und daß bei einer Aenderung der Mehrheitsverhältnisse im Reichstag auch eine entsprechende Umstellung des Heeres erfolgt? So geht es nicht! Es gibt nur einen Weg: Das Heer muß unpolitisch sein. Freilich bedeutet „Entpolitisierung“ nicht, daß nur eine Betätigung nach links verboten ist, während eine Betätigung nach rechts als „unpolitisch“ gilt. Eine Forderung von „Gesinnungstüchtigkeit“ wie im alten Staatsbetrieb bietet gar keine Sicherheit. Die Art der Demokratisierung, die der verantwortliche Minister betreibt und allein betreiben kann, besteht darin, daß für einen Aufstieg der Tüchtigen gesorgt wird.

Für die Offizierslaufbahn wird das Absolutorium einer Mittelschule gefordert, es wird aber zugleich dafür gesorgt, daß fähige junge Leute in den ersten zwei Jahren ihres Wehrdienstes Gelegenheit erhalten, neben der militärischen Ausbildung diejenige allgemeine Bildung zu erwerben, um die anschließende Offizierschule besuchen zu können. (Beifall.) Rünftig muß jeder zwei Jahre bei der Truppe dienen, ehe er zur Offiziersprüfung zugelassen wird. Nach dem Wegfall der Wehrpflicht ist es ein nobilis officium der deutschen Jugend der gebildeten Stände, nicht durch leere Geste ihren Patriotismus zu beweisen, sondern durch den harten und entbehrungsreichen Dienst im Heere. Es wird Sache des deutschen Volkes sein, dafür zu sorgen, daß auch das 100 000-Mann-Heer zu einem Volkshäer wird, in dem Angehörige aller Schichten sich zum Dienst bereit finden. Das ist der Weg zur Demokratisierung des Heeres zu kommen und dem Berufsheer den nötigen Respekt zu verschaffen, damit es nicht mehr als Fremdkörper betrachtet wird.

Noch ein Wort zum Koalitionsrecht: Wäre der Rapp-Putsch nicht gekommen, so wäre der § 33 des Wehrgesetzes, den Roste ausgearbeitet und das Kabinett Bauer gebilligt hatte, längst Gesetz.

Ein Heer mit Streikrecht lehnen wir ab. (Zustimmung.) Die wirtschaftliche Berufsvertretung muß frei sein, soweit sie nicht der Disziplin widerspricht. Diese Einschränkung sind wir dem Heere selbst schuldig, weil ein Heer ohne Disziplin der Verachtung und dem Verfall ausgelegt wäre.

Schließlich die Forderung, das Heer zu einer reinen Polizeitruppe zu machen. Die Grenzorte im Osten verdanken der treuen und schweren Pflichterfüllung unserer Truppen, daß sie von schwersten Gefahren gerettet werden konnten. Diese Leute haben manchem klar gemacht, daß 100 000 deutsche Soldaten nicht allein nach der Zahl gemessen sein wollen. (Beifall.) Von unseren Gegnern erwarten wir, daß sie in bezug auf die Entwaffnung sich zu denselben Grundätzen bekennen, die sie uns ausgenötigt haben. Es darf nicht auf die Dauer in militärisches Ausnahmerecht für das deutsche Volk geben. Wir treten für eine bessere Verständigung der Völker ein und für eine Ausgestaltung des Kreises der Staaten zu einem Kreis gleichberechtigter Völker. So lange aber die Dinge liegen, wie sie jetzt sind, müssen wir es ablehnen, unser Vaterland noch wehrlos zu machen, als es schon ist. (Starker anhaltender Beifall.)

Dem Referat des Ministers Hamm gab Rechtsanwalt Heile-Hannover eine besonders bemerkenswerte Ausdeutung und Ausweitung. Aus dem Munde eines einzelstaatlichen, noch dazu eines bayerischen Ministers war es, so erklärte Heile, ein besonders dankenswertes Wort, daß er dem deutschen Staat die nationale Einheit als das Primäre allem anderen voranstellte. Das bedeutet, daß die „Länder“ nicht mehr den Anspruch erheben, Staaten zu sein. Wir wären schon viel weiter, wenn ein Minister des Landes, das immer noch den Ausschlag gibt, sich einmal in ähnlicher Weise äußern würde. Mit dem bloßen Lippenbekenntnis der Art des Ausspruchs Friedrich Wilhelms IV.: „Preußen muß im Reiche ausgehen“, ist es nicht getan. In Wahrheit ist nicht das vielbetonte Bayern, sondern Preußen das große Hindernis des deutschen Einheitsstaates. Bayern, Württemberg, Baden können ohne Gefahr für das Ganze das Maß von Selbständigkeit erhalten, das ihnen die Verfassung belassen hat. Wir erkennen dankbar die Verdienste Preußens um die Schaffung der deutschen Einheit an, aber dieses Werk muß weiter geführt werden. Zwei Drittel des deutschen Volkes sind zweimal zusammengefaßt, doppelt zentralisiert. Die beiden Zentralen in Berlin müssen in ständige Konflikte kommen. Wer hinter die Kulissen sieht, weiß, daß die Leistungen, wie sie kürzlich im Reichstag zwischen Hertens und Braun vor aller Öffentlichkeit zutage traten, jahraus jahrein die Hälfte der Arbeitskraft der leitenden Stelle erfordert. Zwischen den

Die Volksabstimmungsnote.

Die deutsche Antwort überreicht.

Amtlich wird gemeldet:

Der deutsche Botschafter in London hat am 11. Dezember nachstehende Note dem englischen Premierminister übergeben:

Die Deutsche Regierung hat den Vorschlag, den ihr der Britische Premierminister im Namen der Britischen, der Französischen und der Italienischen Regierung wegen der Abstimmung in Oberschlesien gemacht hat, einer eingehenden Prüfung unterzogen und beehrt sich, darauf folgendes zu erwidern:

Der Friedensvertrag gibt Deutschland den Anspruch auf die Gewähr dafür, daß bei der Volksabstimmung in Oberschlesien der Wahlakt frei, unbeeinflusst und geheim vollzieht, und daß jede unterschiedliche Behandlung der eingewohnten und der außerhalb Oberschlesiens wohnenden Stimmberechtigten von vornherein ausgeschlossen ist. Diesem Anspruch kann nur durch volle Einheitlichkeit des Wahlaktes genügt werden. Der Grundsatz der Einheitlichkeit des Wahlaktes ist denn auch dem Orte wie der Zeit nach bei den Abstimmungen in Schleswig sowie in Ost- und Westpreußen auf Grund der Art 95 und 109 des Friedensvertrages streng durchgeführt worden. Diese Artikel bedecken sich insoweit völlig mit den Bestimmungen des § 4 der Anlage zu Art. 88. Der Botschafter hat überdies den Grundsatz der Einheitlichkeit des Wahlaktes anlässlich der Ablehnung des Antrages, in Ostpreußen zwei getrennte Urnen einzuführen, ausdrücklich als maßgebend anerkannt. Ebenso geht aus der Note vom 30. November hervor, daß sich die Britische, die Französische und die Italienische Regierung gleichfalls zu diesem durch den Friedensvertrag und seine bisherige Anwendung festgelegten grundsätzlichen Standpunkt bekennen.

Die Deutsche Regierung erkennt gern an, daß der ihr gemachte Vorschlag von der wohlmeinenden Absicht ausgeht, Unruhen zu verhüten, die bei Gelegenheit der Abstimmung in Oberschlesien eintreten könnten. Sie kann diese Absicht nur mit Genugtuung begrüßen. Sie weiß auch die große Verantwortung zu würdigen, die die drei Regierungen mit der Aufgabe übernommen haben, die freie, unbeeinflusste und geheime Stimmenabgabe zu sichern, und das ihrem Schutze anvertraute Oberschlesien in den Tagen der Abstimmung vor Gefahren zu schützen.

Geleitet von dem Bestreben, den Mächten ihre Aufgabe zu erleichtern, ist die deutsche Regierung bereit, das in der Note vom 30. November aufgeworfene Problem einer erneuten sachlichen Prüfung zu unterziehen.

Die deutsche Regierung gestattet sich hierbei darauf hinzuweisen, daß der Vorschlag der Mächte große technische Schwierigkeiten in bezug auf Transport, Unterbringung usw. begegnen müßte. Sie macht ferner darauf aufmerksam, daß nach Ziffer 6 der Note das Ergebnis der Volksabstimmung nicht „gekennzeichnet“ werden darf, bevor nicht alle von den Eingewohnten und auswärtigen Berechtigten abgegebenen Stimmen vereinigt worden sind. Es ist höchst zweifelhaft, ob dabei eine Differenzierung der Stimmberechtigten und eine Verletzung des Grundsatzes der Geheimhaltung völlig ausgeschlossen werden kann.

Die Deutsche Regierung glaubt, daß sie durch eine mündliche Aussprache am schnellsten die Möglichkeit erlangen würde, zu den in der Note aufgeworfenen Fragen Stellung zu nehmen. Sie beehrt sich demgemäß anzuregen, baldmöglichst eine Besprechung von Vertretern derjenigen Regierungen stattfinden zu lassen, von denen der Vorschlag ausgegangen, und an die er gerichtet ist.

Die Deutsche Regierung bittet den Britischen Premierminister, diese Anregung auch an die Französische und Italienische Regierung weitergeben zu wollen.

Die deutsche Regierung hat, wie wir hören, eine neue Note in der Frage Eupen-Malmédy an den Generalsekretär des Völkerbundes, Sir Eric Drummond gerichtet, die dem Völkerbund neues Material zur Beurteilung der Frage bringen soll.

Die Nachricht von einem Verzicht der Entente auf die Lieferung deutscher Milchkuhe, die aus den Dar-

legungen eines Zentrumsvertreters auf dem Parteitag entnommen wurde, wird an zuständiger Stelle auf ein Mißverständnis zurückgeführt. Vermutlich handelt es sich um eine Verwechslung der Forderung auf tragende Kühe anstelle von Milchkuhen oder der resten Lieferung mit der Gesamtforderung.

Personenwechsel im Reichsfinanzministerium.

Rücktritt des Staatssekretärs Moesle.

Das Reichsfinanzministerium läßt zu den Pressemeldungen über Veränderungen in leitenden Stellen des Ministeriums eine Erklärung verbreiten. Danach trifft es nicht zu, daß der Reichskommissar für die Vereinfachung und Verbilligung des Reichshaushalts, Präsident Dr. Carl, sein Rücktrittsgesuch eingereicht habe. Der Präsident arbeite in vollem Einvernehmen mit dem Reichsfinanzminister und amtiere erst seit sechs Wochen. Es dürfe nicht unterschätzt werden, daß er auch in dieser kurzen Zeit schon den Reichsfinanzminister in seinem Bestreben, Neuanforderungen der einzelnen Ressorts hintanzuhalten, tatkräftig unterstützt habe. Andererseits wird bestätigt, daß ein Rücktrittsgesuch des Staatssekretärs Moesle in der Tat vorliegt; ob und zu welchem Termin dieses Gesuch genehmigt werden wird und über die Gründe des Rücktritts könne noch nichts bekanntgegeben werden.

An zuständiger Stelle erfahren wir, daß die Novelle zum Einkommensteuergesetz im ersten Entwurf zur Vorlage an den Reichsrat fertiggestellt ist.

Vor der Brüsseler Konferenz.

„Industrielles Zusammenwirken.“

* London, 13. Dezember. (U. Z.)

Der Pariser Korrespondent des „Observer“ sagt, daß neben in Brüssel zu lösenden Fragen, wieweil Deutschland zahlen müsse, die Frage, wie die Zahlung stattfinden solle, die wichtigste sei. Eine Barzahlung sei selbstredend ausgeschlossen und es fehle sogar dem Wiedergutmachungsausschuß an wirksamen Vollmachten. Selbst wenn dieser Ausschuß die deutschen Staatsausgaben bei der Feststellung des Jahresetats kontrolliere, wozu er nach § 241 des Versailler Abkommens berechtigt sei, ist eine solche Barzahlung unmöglich.

Es handele sich daher darum, wie das industrielle Zusammenwirken zwischen den Deutschen und den Alliierten zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete geregelt werden solle. Dazu sei es notwendig, daß deutsche Arbeiter, welche Arbeitskraft oder Material für diesen Wiederaufbau zur Verfügung stellen werden, die Garantie erhalten, daß die deutsche Regierung ihnen ihre Leistungen vergüten wird. Bei der in Spa in Aussicht gestellten Regelung fehle diese Garantie vollständig, Deutschland zweifle aber bereits, im Falle des Wiederaufwachens der deutschen Industrie, sich an dem Wiederaufbau zu beteiligen.

Daher wird es notwendig sein, eine Reihe von Abmachungen zwischen Deutschland einerseits und Frankreich, England und Amerika andererseits für Lieferung der Rohmaterialien zu schließen, welche als Basis eines gesunden Wirtschaftsverkehrs dienen sollen.

Corl niedergebrannt.

Während eines Ueberfalls der Sineser auf Regierungstruppen in der sibirischen Hafenstadt Corl ist gestern die Hauptstraße in Brand geraten. Rathaus, städtische Gebäude, das Zentrum der Stadt und das Geschäftsviertel brannten vollständig nieder. Die Carnegie-Bibliothek und zwanzig große Geschäftsgebäude mit erheblichen Warenlagern wurden ein Raub der Flammen. Die Bevölkerung ist in der Nacht auf die Felder geflohen, wo sie trotz starkem Frost und Schnee bis zum Abflauen des Brandes verblieb.

Reichsstellen und Preußen gehen Noten, Weißbücher, ganze Droschken herüber und hinüber, und in Denkschriften wird erbittert darüber gestritten, was die eine Behörde darf und was die andere nicht darf. Ungeheures ist durch diesen Dualismus im Kriege verloren gegangen und nach dem Kriege gefährdet worden.

Abgeordneter Gothein warnte demgegenüber vor der Verwirrung, die eine befördliche Umgruppierung heute hervorrufen müßte. Man brande um an die Schwierigkeiten zu denken, die bei den Uebergang der Steuerverwaltung auf das Reich entstanden seien und müsse dem Minister Defer dankbar sein, daß er bei der

Eisenbahn dieselbe Entwicklung verhinderte. Weiter wandte sich der frühere Reichstagsminister gegen die von Hamm vertretene wirtschaftliche Autonomie der Länder, die eine besonders gefährliche Art des Partikularismus darstelle. Was sollte werden, wenn den Ausführungsverboten landwirtschaftlichen Ueberzugsgebiete entsprechende Maßnahmen eines „Rohlenstaates“ folgen würden.

Eine neue Note schlug Reichsminister Dr. Koch an. Das Volk sei, so sagte er, müde der theoretischen Behandlung der großen Politik, der Verfassungsänderungen, Regierungsstritten, Fusionen. Politik ist eine langfristige Sache. Was wir brauchen, sind prak-